

Wolfgang Schroeder

Das Ende der Lageridylle?

Wie man es dreht und wendet, Regierungsbildung in Hessen ist schwierig. Die Parteienlandschaft hat sich verändert, die Zeiten rot-grüner und schwarz-gelber Mehrheiten scheinen vorbei. Regierungsfähig wird nur, wer ideologischen Ballast abwirft.

Hessens Landespolitik hat seit jeher nationale Bedeutung. Denn seine Wahlergebnisse und die Zusammensetzung seiner Parteienlandschaft bilden stärker als die der meisten anderen Länder bundesrepublikanische Stimmungslagen ab. Zugleich gilt das hessische Parteiensystem als eines der polarisiertesten seiner Art in Deutschland, denn wie in kaum einem anderen Bundesland stehen sich die Lager dort abweisend und unversöhnlich gegenüber. In den letzten Monaten lieferten sich CDU und SPD mit ihren treuen Bündnispartnern FDP und Grünen einen klassischen Lagerwahlkampf. Das Ergebnis zeigt jedoch, dass dieses möglicherweise letzte Gefecht um den Erhalt des vermeintlich identitätsstiftenden Vierparteiensystems erfolglos gewesen ist. Der Wähler hat sich von der alten Lageridylle verabschiedet. Die Parteien reagieren auf diese neue Lage nervös. Dies scheint sich auch auf einen Teil der politischen Elite auszuwirken, der nämlich eine neue Phase der Unregierbarkeit auf das politische System zukommen sieht. Nicht selten ist deshalb sogar die Rede von italienischen Verhältnissen, denen es im Ansatz zu begegnen gelte. Deshalb wollen sie durch Neuwahlen das jüngste hessische Ergebnis annullieren. Andere präferieren eine Reform des Wahlrechts nach dem Vorbild des britischen Mehrheitswahlrechtes. Beides sind untaugliche und romantische Fluchtversuche aus einer etwas schwieriger gewordenen Wirklichkeit. Das deutsche, aber auch das hessische Parteiensystem ist weit von einer grundsätzlichen Krise entfernt. Statt vor der veränderten Wirklichkeit zu kapitulie-



Wolfgang Schroeder

(* 1960) ist Professor an der Universität Kassel, Fachgebiet »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Staatlichkeit im Wandel«. Er ist Leiter der AG Landesparteien im Wandel.

wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

ren, könnten die Parteien erkennen, dass hinter der vordergründigen Krise mehr Chancen als Risiken stecken.

Was ist wirklich passiert?

Im Vorfeld der Landtagswahl war über einen langen Zeitraum keine Wechselstimmung erkennbar. Erst durch größte strategische Wahlkampffehler der CDU, die ihresgleichen in der jüngeren Geschichte suchen, gelang es der SPD wenige Tage vor der Wahl mit der Union gleichzuziehen. Dass der vermeintlich leichte Wahlkampf der Union zu einem schweren wurde, ist auch auf eine schlechte Performance der hessischen Regierung in einem ihrer Kernbereiche, nämlich dem »Wettbewerbsföderalismus« zurückzuführen. So attestierte die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* im Bundesländerranking eine im Vergleich unterdurchschnittliche Dynamik. Durch emotionalisierende Ideologisierung der Grundprobleme moderner Gesellschaften im Bereich der Kriminalitäts- und Integrationsproblematik suchte Koch diese ökonomischen Defizite des Landes Hessen zu dethematisieren. Hinzu kam die außerordentliche Unzufriedenheit der Eltern,

Lehrer und Schüler mit der hessischen Schulpolitik. Der Ministerpräsident reagierte, indem er wie weiland Alfred Dregger die Furcht vor Kommunisten und kriminellen Ausländern auf die Tagesordnung setzte, um das eigene Lager zu mobilisieren. Massive Glaubwürdigkeitsdefizite führten jedoch dazu, dass diese Landtagswahl zu einer Anti-Koch-Wahl mutierte. Selbst das eigene Lager versagte ihm die Gefolgschaft, während er selbst unpolitische Bürger zur Wahl gegen sich motivierte. 128.000 ehemalige Unionswähler blieben bei dieser Wahl zuhause, noch mehr wandten sich anderen Parteien zu. Angesichts der erdrutschartigen Verluste bei jüngeren Wählern (-19,1 Prozent bei unter 30-Jährigen, -15,2 Prozent bei unter 40-Jährigen) blieb der Union alleine die Kohorte 60 plus. Sie hatte bei Adenauer gelernt, dass die politische Welt bipolar ist (48,9 Prozent Zustimmung); ohne sie wäre Koch verloren gewesen. Dagegen musste die Union bei Beamten, Angestellten und Selbstständigen erdrutschartige Verluste um 14 Prozent verkraften. Profiteur dieser Schwäche war wieder einmal die FDP, deren Zugewinne im Wesentlichen aus dem Unionslager (67.000) stammen, weshalb sie auch kaum als Koalitionspartner der SPD in Frage kommen wird, zumal ihr Spitzenkandidat Jörg Uwe Hahn keine brückenbildende Kompetenz zu besitzen scheint.

Anders als die Union, die sich auf einen kurzen Wahlkampf einstellte, organisierte die SPD einen der längsten Wahlkämpfe in ihrer hessischen Geschichte. Dieser begann mit Vorwahlen, die einerseits den Bekanntheitsgrad der Kandidatin und eine hohe innerparteiliche Beteiligung förderten. Andererseits wurden durch das unklare Verfahren einige Irritationen hervorgerufen, die angesichts des Patts zwischen den Flügeln zu einer Gefahr für den Wahlkampf zu werden drohten. Letztlich gelang es Andrea Ypsilanti jedoch, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und unbestrittenes Steuerungszentrum des Wahlkampfes zu

werden. Öffentliche Aufmerksamkeit riefen die beiden Experten Rainer Domisch und Hermann Scheer hervor, die als Importe innovative Akzente in den Bereichen Bildung und Energiepolitik setzen sollten. Mit Domisch wurde ein finnischer Schullehrer gewonnen, der unaufgeregt vertrat, wie ein integrationsförderndes Schulsystem aussehen könnte. Und mit Scheer wurde den Hessen ein energiepolitischer Missionar der solaren Revolution präsentiert. Auch wenn klar war, dass sich mit diesen Themen und Personen alleine kein Wahlkampf gewinnen lässt, so konnten anregende Akzente gesetzt werden. Ergänzt um das Mindestlohn-Thema stellte die hessische SPD ein anspruchsvolles Programm zusammen. Es bedurfte jedoch der Kochschen Politik der Überdosis, die einen wirklichen Stimmungsumschwung zugunsten der SPD herbeiführte, den Ypsilanti geschickt aufnahm, indem sie die Attacken auf Koch der Bundespartei überließ und selber als ruhender, kluger Gegenpol zum polternden Ministerpräsidenten agierte. Die SPD profitierte davon, dass sie ein an Stimmungen anschlussfähiges Politik- und Personalangebot besaß. Im Bildungssektor konnte sie die massive Unzufriedenheit mit der Landesregierung (71 Prozent) aufgreifen, ohne ihr eigenes Konzept (Haus der Bildung) intensiver diskutieren zu müssen. In den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wie auch der inneren Sicherheit wurde der Landesregierung zwar kein gutes Zeugnis ausgestellt; gleichwohl waren die Kompetenzwerte der CDU am Wahltag besser als die der SPD. Der Erfolg der Linkspartei machte zudem deutlich, dass mit eindeutig linkem sozialdemokratischem Profil keine hinreichende Eingrenzung der Linkspartei erreicht werden kann. So schnitt *Die Linke* überdurchschnittlich erfolgreich bei Arbeitern (7,6 Prozent), Arbeitslosen (15,5 Prozent) und Gewerkschaftern (9,2 Prozent) ab. *Der Linken* ist es gelungen, von ihren Wählern mehrheitlich als einzige Kraft für soziale Gerechtigkeit

wahrgenommen zu werden (für 63 Prozent wahlentscheidendes Thema aller Linksparteiwähler).

Wie geht es weiter?

Neuwahlen oder Wahlrechtsreformen sind Versuche, die neue Konstellation zu negieren. In einem Fünfparteisystem werden die vertrauten rot-grünen und schwarz-gelben Koalitionen vom Regel- zum Ausnahmefall. Für letzteres steht derweil Niedersachsen. Statt dessen wird es vermehrt zu großen Koalitionen, Dreierbündnissen, ja vielleicht sogar zu Minderheitsregierungen kommen. Diese Regierungskonstellationen sind keine langfristigen Projekte, sondern Koalitionen auf kürzere Zeit; manchmal werden sie auch nur Momente des Übergangs abbilden können. In diesem Sinne sollte auch das Modell einer Minderheitsregierung auf Landesebene nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Auf jeden Fall wäre es notwendig, dass die hessischen Parteien einen Teil ihres ideologischen Ballasts abwerfen, da er der neuen Situation angemessene Konstellationen blockiert. Insbesondere Union und SPD zeichneten in der Vergangenheit das Bild zweier kulturell grundlegend verschiedener Volksparteien. Dabei wird diese Mythisierung der

Realität nicht immer gerecht. Die im Wahlkampf als unverschämte *Law-and-Order*-Partei auftretende CDU hatte beispielsweise wenig mit der Regierungs-Union gemein, die im Alltag durchaus integrationspolitisch liberal agiert. Die Debatten im Bereich der Bildungspolitik werden zudem eingeengt, indem fast nur über Struktur- und weniger über Qualitäts- und Vorsorgefragen diskutiert wird.

Der SPD bieten sich dank ihres klugen Wahlkampfes neue Handlungsspielräume. Um diese zu nutzen, muss sie aber zunächst bei aller Euphorie erkennen, dass sie Nutznießer einer einmaligen Situation gewesen ist. Eine vergleichbare Steilvorlage wird ihr die CDU kaum ein zweites Mal liefern. Um wieder zu einer strukturell mehrheitsfähigen Kraft zu werden, müssen daher eigene Kompetenzdefizite in den zentralen Politikfeldern abgebaut werden. Ständiges Schielen nach links ist dabei wenig hilfreich. Die Linkspartei ist nicht das zentrale Zukunftsproblem der SPD. Stattdessen geht es darum, in sachlicher Auseinandersetzung die eigene Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit zu stärken. Sollte es ihr gelingen, eine mehrheits-, arbeits- und wirkungsfähige Regierungskonstellation zu bilden, könnte sie sich als sachorientierte Regierungspartei beweisen und somit Impulsgeber für die Bundesebene sein.